Nahostkonflikt

Vorbereitungsskript

Weitere Dokumente zur Prüfungsvorbereitung unter www.fernabitur.com

Dieses Skript entstand im Zuge der Vorbereitung auf meine mündliche Abiturprüfung im Fach Gemeinschaftskunde zum Thema "Nahostkonflikt". Es handelt sich dabei um kurze Übersichten und Zusammenfassungen über die zentralen Themengebiete wie z.B. "Historisches zum Nahostkonflikt", "Der Ost-West-Gegensatz und der Nahostkonflikt", "Ressourcenkonflikte", "Friedensbemühungen", etc. Die Informationen stammen u.a. aus Fachbüchern, der Tagespresse sowie Online-Publikationen.

Die Ursprünge des Konfliktes

- Palästina wurde im Jahr 70 n. Chr. Provinz des Römischen Reiches
- nach der Zerstörung des Tempels in Jerusalem im selben Jahr durch die Römer wurden zahlreiche Juden vertrieben (Beginn der Diaspora)
- im Jahr 634 wurde Palästina von Arabern moslemischen Glaubens besiedelt
- während des Hochmittelalters war es Ziel christlicher Kreuzzüge
- im Jahr 1517 wurde Palästina dem Osmanischen Reich einverleibt
- gegen Ende des 19. Jahrhunderts entsteht in vielen Nahoststaaten eine nationalarabische Bewegung, mit dem Ziel, sich von der Osmanischen Fremdherrschaft zu befreien
- während dem 1. Weltkrieg versucht Großbritannien die osmanischen Stellungen im arabischen Raum zu schwächen, indem es die nationalarabische Bewegung unterstützt
- 1917 sichert die Britische Regierung den politischen Zionisten ihre Unterstützung bei der Schaffung einer "jüdischen Heimatstätte" in Palästina zu (*Balfour-Erklärung*)
- Großbritannien hatte also sowohl den Arabern als auch den Juden Zusicherungen hinsichtlich Palästinas gemacht, um alle Kräfte während dem 1. Weltkrieg gegen die Mittelmächte zu mobilisieren
- 1920 erhält Palästina vom Rat der Alliierten das Mandat für Palästina (Auseinandersetzungen zwischen Juden und Arabern bereits im Keim im Mandatstext enthalten)
- während dem 2. Weltkrieg eskaliert der Konflikt zwischen Juden, die durch Landkäufe und wirtschaftliche Tätigkeiten an Einfluss gewannen, und eingesessenen Arabern. Gleichzeitig entsteht eine *jüdische Untergrundbewegung*, die sich mit Terroranschlägen gegen die britische Mandatsmacht richtet
- 1945 entgleitet Großbritannien die Kontrolle über den Konflikt und es übergibt sein Mandat an die Nachfolgeorganisation des Völkerbundes, die UNO.
- im November 1947 beschließt die UNO die Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen palästinensischen Staat. Israel sollte internationalen Staates bekommen. Die Juden nehmen den Plan an, die Araber lehnen ihn ab.
- 1948 proklamieren die Juden am Tag des britischen Abzugs den Staat Israel

Die fünf großen Nahostkriege

Der arabisch-israelische Krieg

1948

- Ägypten, Transjordanien, Syrien, Libanon und Irak versuchen auf militärischem Wege die Staatsgründung Israels rückgängig zu machen
- trotz der zahlenmäßigen Überlegenheit der arabischen Staaten unterliegen sie aufgrund von Zerstrittenheit
- Flucht von fast 1 Million palästinensischer Araber
- Israel besetzte mehr Land als der UN-Teilungsplan vorgesehen hatte
- Jerusalem wurde geteilt (Westteil: Israel / Ostteil: Jordanien, einschließlich Heiligtümer)

Die Suezkrise bzw. der Sinaifeldzug 1956

- begann als Präventivkrieg Israels gegen Ägypten
- der ägyptische Staatspräsident Nasser hatte palästinensische Freiheitskämpfer ermutigt, Israel anzugreifen (Hintergrund: Nasser wollte sich als Führer des Panarabismus profilieren)
- außerdem hatte Nasser den Suezkanal in ägyptisches Eigentum überführt
- Israel war erfolgreich und besetzte den Gazastreifen und die Halbinsel Sinai. Aufgrund eines UN-Beschlusses (erwirkt durch die USA und die Sowjetunion) zog sich Israel aber wieder aus dem Gazastreifen und der Sinaihalbinsel zurück. Im Gazastreifen wurden UN-Truppen stationiert.

Der Sechstagekrieg 1967

- begann als israelischer Präventivkrieg, nachdem ägyptische, jordanische, syrische, irakische sowie saudi-arabische Truppen an den israelischen Grenzen aufmarschiert waren
- Israel zerstörte die ägyptische Luftwaffe und eroberte innerhalb von sechs Tagen den Gazastreifen, die Sinaihalbinsel, das Westjordanland, Ostjerusalem und die Golanhöhen.
- trotz der UN-Resolution 242, die Israel dazu aufforderte, die Streitkräfte aus den besetzten Gebieten zurückzuziehen, behielt Israel das eroberte Territorium besetzt.
- mit dem Sechstagekrieg stellte sich den Israelis ein Problem, das bis auf den heutigen Tag nicht gelöst ist: mit einem Schlag kamen fast 1 Millionen zusätzliche Araber unter israelische Herrschaft

Der Oktober- oder Jom-Kippur-Krieg 1973

- ausgelöst durch die Besetzung des Ostufers des Suezkanals und durch eine Offensive Syriens im Golan
- Israel ging von der Defensive in die Offensive
- eine ungeheure Materialschlacht an allen Fronten entbrannte. Die Sowjetunion belieferte Syrien und Ägypten mit Waffen, die USA organisierten Lufttransporte nach Israel und unterstützten das Land mit Satellitenbildern über den ägyptischen Aufmarsch
- aufgrund einer drohenden Eskalation (Atomschlag durch die Sowjetunion) setzten die USA einen Waffenstillstand durch
- arabische Staaten vereinbarten ein Ölembargo gegen israelfreundliche Staaten (Folge: weltweite Ölkrise)
- die USA vermittelten zwischen Israel und Ägypten; 1978 kam es zum Abkommen von Camp-David mit zwei Rahmenvereinbarungen
 - 1. Rahmenvereinbarung: Friedensvertrag zwischen Israel und Ägypten (erfolgreich im Jahre 1979 mit der etappenweisen Rückgabe der Sinaihalbinsel. In Folge dieses Friedenvertrages isolierte sich Ägypten innerhalb der arabischen Welt (Resultat: Tod des ägyptischen Präsidenten Sadat
 - 2. Rahmenvereinbarung: friedliche Regelung des israelisch-palästinensischen Nationalkonflikts (autonomer Status für die Palästinenser). Konkrete Formulierungen wurden bewusst ausgelassen. Die unmittelbare Durchsetzung scheiterte am Widerstand der arabischen Staaten und der PLO, sowie dem Desinteresse Israels, die Siedlungsaktivität in den betreffenden Gebieten aufzugeben. Es dauerte weitere 15 Jahre, bis die zweite Rahmenvereinbarung wirklich durchgesetzt wurde.

Der Libanonfeldzug 1982

- der fünfte Nahostkrieg war ein Krieg gegen die PLO, deren Hauptquartier sich in der libanesischen Hauptstadt Beirut befand
- durch die radikale Siedlungspolitik der Israelis war es im Laufe der Zeit zu immer stärkeren Konflikten zwischen PLO und der israelischen Regierung gekommen
- da sich die palästinensische Bevölkerung der schrittweisen Annexion ihrer Heimat nicht fügen wollte, beschloss Israel, die PLO als nationalen Hoffnungsträger der Palästinenser zu zerschlagen
- nach wochenlangen Dauerbombardements verlegte die PLO ihr Hauptquartier nach Tunis
- Israel zog zwar aus dem Libanon ab, betrachtet aber noch heute den Süden des Landes als seine "Sicherheitszone"
- durch den Libanonfeldzug hatte sich Israel einen neuen Gegner geschaffen: die libanesisch-schiitische Hizbollah, die es sich zum Ziel gesetzt hat, die israelischen Truppen aus dem Südlibanon zu vertreiben.

- 1988 rief Arafat einen Palästinenserstaat auf dem Boden Palästinas mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt aus. Die Unabhängigkeitserklärung erkannte die Resolution 242 des Sicherheitsrates an und lehnte das Gewalt und Terror ab. Gleichzeitig behielt Arafat sich aber vor, Widerstand mit allen Mitteln gegen die israelische Besatzung zu leisten.

Der Friedensprozess im Nahen Osten

Madrider Friedenskonferenz 1991

- Am 31. Oktober 1991 begann in Madrid eine Friedenskonferenz unter Beteiligung aller Konfliktparteien außer der PLO. An ihrer Stelle vertrat eine Delegation aus den besetzten Gebieten, die als Teil des jordanischen Verhandlungsteams auftrat, palästinensische Interessen. Die Schirmherrschaft übernahmen die USA und die Sowjetunion.
- Letztendlich stellte die Konferenz in Madrid nur ein medienwirksames Forum dar, wo altbekannte Forderungen und Anschuldigungen vorgetragen wurden. Dennoch markierte sie einen Zäsur im Nahostkonflikt, da sie der Auftakt zu bilateralen und multilateralen Gesprächen war.
- Die Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis

Die Deklaration von Oslo

- Die Madrider Friedensverhandlungen wurden durch die Verträge von Oslo überholt
- Die Osloer Prinzipienerklärung wurde im September 1993 in Washington unterzeichnet und mit dem historischen Händedruck zwischen Rabin und Arafat besiegelt. Sie schuf die Grundlage zwischen Israel und der PLP, palästinensische Selbstverwaltungsgebiete in den besetzten Gebieten zu errichten und die sogenannten Endstatusverhandlungen aufzunehmen. Der Verkündung der Erklärung waren geheime Verhandlungen (sogar unter Ausschluss der USA) in der Nähe von Oslo vorausgegangen.
- Im Jahre 1993 erfolgt die gegenseitige Anerkennung der PLO und Israels (durch Arafat und Rabin), d.h. die Phase der gegenseitigen Absprechung der Existenzberechtigung wurde erstmalig beendet. Dies war die Grundlage der Osloer Prinzipienerklärung.
- Das Oslo-I-Abkommen (auch Gaza-Jericho-Abkommen genannt) wurde im Anschluss an die Osloer Prinzipienerklärung 1994 in Kairo unterzeichnet und beinhaltet die Umsetzung der ersten Phase der palästinensischen Selbstverwaltung im Gazastreifen und in Jericho. Die festgelegte Interimsphase belief sich auf fünf Jahre und brachte Arafat im Mai 1999 nach erfolglosem Ablauf der Frist in Zugzwang, den unabhängigen Staat Palästina auszurufen. Davon ließ er sich aber in der Aussicht auf neue Friedensverhandlungen abhalten.

- Aus Jericho und aus dem Gaza-Streifen wurde das israelische Militär abgezogen. Israel blieb für die äußere Sicherheit der Autonomiegebiete und für den Schutz der israelischen Siedler verantwortlich.
- Im Jahre 1995 erfolgte die Unterzeichnung des Interimsabkommens zwischen Israel und der PLO: das Oslo-II-Abkommen. Dieses Abkommen unterteilt das Westjordanland in drei Zonen:
 - Zone A: Städtische Ballungsgebiete, 30% der Bevölkerung. Die palästinensische Selbstverwaltung enthält stufenweise alle zivilen und polizeilichen Befugnisse, israelische Militärpräsenz ist nicht mehr erlaubt.
 - Zone B: beinhaltet hauptsächlich die palästinensischen Dörfer. Die palästinensische Selbstverwaltung erhält die zivilen Befugnisse, alle sicherheitsrelevanten Angelegenheiten werden gemeinsam mit dem israelischen Militär ausgeübt.
 - Zone C: Umfasst den größten (meist unbesiedelten Teil) des Westjordanlands und verbleibt unter israelischer Militärkontrolle. Lediglich die zivilen Kompetenzen obliegen der palästinensischen Selbstverwaltung.

Das Wye-Abkommen

- Nachdem die vollständige Implementierung des Oslo-II-Abkommens bis 1998 noch nicht erfolgt war und auch die Endstatusverhandlungen immer wieder verschleppt worden waren, unterzeichneten Netanyahu und Arafat 1998 das Wye-(I)-Abkommen, welches im Grunde die Aussagen des Oslo-II-Abkommens noch einmal wiederholte.
- Israel ließ zwar einige Truppen aus dem Westjordanland zurückziehen, doch wurde kurz darauf der Rückzug gestoppt, da Netanyahu von den extrem rechten und religiösen Parteien unter Druck gesetzt worden war. Die Umsetzung des Wye-Abkommens wurde vorerst suspendiert.
- 1999 unterzeichneten der neu gewählte israelische Ministerpräsident Barak und Arafat das Wye-II-Abkommen, womit die Umsetzung des Wye-I-Abkommens endlich realisiert werden sollte. Man beschloss, die bestehenden Rahmenbedingungen bis September 2000 zu verlängern und dann die Endstatusverhandlungen (mit all den bisher aufgeschobenen schwierigen Fragen) zu Ende zu führen.
- Anstelle der Endstatusverhandlungen begann Ende September 2000 die Al-Aqsa-Intifada.

Das Verhältnis Deutschland Israel

Deutsche und Israelis haben aus dem Holocaust ganz und gar unterschiedliche "Lehren" gezogen. Jede ist für sich richtig, aber für den anderen nicht nachvollziehbar

Begriff der Nation

- Nationalismus ist in Israel eine Selbstverständlichkeit.
- zweitausend Jahre lebten die Juden in der Diaspora, der Nationalismus hält sie nun zusammen

die Deutschen wissen um die schrecklichen Konsequenzen der Überbetonung der deutschen Nation

Gewicht der Religion

- Religion ist mit der Politik in Israel äußerst eng verflochten
- Ohne jüdische Religion gibt es weder ein Judentum noch einen jüdischen Staat
- weil sich Israel als "jüdischer Staat" versteht, wird die Abgrenzung gegenüber Nichtjuden betont

In Deutschland gehört die Trennung von Staat und Kirche zu einer Selbstverständlichkeit des modernen Gemeinwesens

Verbindung von Volk und Land

- Die Bindung der Israelis zum "Land Israel" ist tief verwurzelt.
- Sie ist ebenfalls eine Reaktion auf die 2000-jährige Trennung von Volk und Land

bei einer engen Bindung von Volk und Land an die Ideologie der Nationalsozialisten

Gewalt in der Politk

- Die Israelis, das "Volk der Opfer", wollen nie wieder Opfer sein
- Gewalt wird als legitimes Mittel der Politik betrachtet

wollen nie wieder Täter sein

Gewalt in der Politik ist ein Tabuthema

Möglichkeiten eines Friedenprozesses in der Geschichte nach 1948

Das Ziel in der israelischen Politik muss das Ausbrechen aus der "Geschichtsfalle" sein, sonst kann der Nahostkonflikt nicht gelöst werden. Dies bedeutet nicht, Zeitgeschichte und Erinnerung zu verdrängen, sondern den Blick in erster Linie nach vorne zu richten um mit den arabischen Nachbarn in einen Dialog zu treten.

- Infolge der arabischen Invasion 1948 wurde der Staat Israel nicht zerstört; die Möglichkeit jedoch, einen Palästinenserstaat zu gründen, wurde zunichte gemacht, da drei der Nachbarstaaten Teile des für einen Palästinenserstaat vorgesehenen Gebietes annektierten. Auch wurden die Hoffnungen des Panarabismus zerstört – es gab keinen vereinigten arabischen Staat (siehe Zerstrittenheit während dem Krieg)
- Israel benötigte sofort einen Staat (primär wegen dem Flüchtlingsproblem) egal welche Größe, während es den palästinensischen Arabern darum ging, dass keine fremde Identität auf dem Boden Palästinas ensteht. Anstatt dass sich die arabischen Staaten infolge der Staatsgründung Israels zu einem panarabischen Staat zusammenschlossen, kapselten sich diese Staaten immer mehr von einander ab. Die Palästinenser waren hart getroffen: weder waren sie in ein panarabisches Staatensystem eingegliedert, noch besaßen sie überhaupt einen eigenen Staat.
- Im Laufe der Zeit kam es zu einem Wandel, sowohl bei den Palästinensern als auch bei den Israelis. Die Palästinenser erkannten, dass sie Israel nicht vernichten konnten und sich mit einem Staat Israel abfinden müssen. Die Israelis, auf der anderen Seite, sahen ein, dass sie nicht über eine andere Bevölkerung herrschen können (die notwendige Konsequenz aus dem Sechstagekrieg 1967) und auf Teile des biblischen Kernlandes verzichten müssen erstmals war ein Friedensprozess möglich.
- Heute, mehr als zehn Jahre nach Beginn des Friedensprozesses und der immer noch andauernden Al-Aqsa-Intifada, steht eines fest: mit Gewalt werden die Palästinenser ihr Ziel eines autonomen Palästinenserstaats nicht durchsetzen können. Genauso wissen die Israelis, dass sie den Wunsch der Palästinenser, in Würde und Unabhängigkeit zu leben, durch Gewalt nicht verhindern können.

Jerusalem: Wessen Hauptstadt?

- religiöse Argumentation: In Ost-Jerusalem liegen zwei der größten Heiligtümer der Muslime (Felsendom und Al-Aqsa-Moschee) und das heiligste Bauwerk der Juden (Klagemauer).
- **politische** Argumentation: Israel hat Jerusalem im Jahre 1967 annektiert und seinen politischen Anspruch auch auf Ost-Jerusalem 1980 durch das "Grundgesetz von Jerusalem" bekräftigt ("Jerusalem als ewige und unteilbare Hauptstadt Israels"). Nach internationalem Recht ist weder West-Jerusalem noch die ganze Stadt bis heute anerkannter Teil Jerusalems. Der UN-Teilungsplan hat weiterhin Gültigkeit. Die UN erkennt die Besitznahme Jerusalems nicht an.
- **demographische** Argumentation: Vor 1967 war der Ostteil der Stadt noch fast ausschließlich von Palästinensern bevölkert. Durch staatlich geförderte Bautätigkeit, Konfiszierung palästinensischen Besitzes und Vertreibung wurde der Anteil jüdischer Bewohner anschließend systematisch erhöht. Durch den Bau israelischer Siedlungen hat der Anteil der Israelis in Ost-Jerusalem mittlerweile den der Palästinenser überschritten. Andererseits prognostizieren die Demographen, dass bereits im Jahr 2015 weit mehr als doppelt so viele arabische Bewohner in ganz Jerusalem leben als heute (d.h. dann ca. 250.000)
- wirtschaftliche Argumentation: Durch den massiven israelischen Siedlungsbau sowie durch administrative Beschränkungen wurde Ost-Jerusalem, die größte arabische Stadt Palästinas, vom Hinterland (d.h. Westjordanland) weitgehend abgeschnitten. Dies stellt ein drastisches Problem für die Palästinenser dar, den Ost-Jerusalem ist nicht nur der religiöse und politische, sondern auch der soziale und ökonomische Knotenpunkt der Westbank. Vor allem wegen seiner Infrastruktur (Krankenhäuser, Finanz- und Handelseinrichtungen) ist Ost-Jerusalem für den Aufbau eines palästinensischen Staates kaum verzichtbar.
- **strategische** Argumentation: Für beide Seiten stellt die Besiedlung Jerusalems eine strategisch notwendige Maßnahme dar, da nur so eine Verteidigung der Stadt im Kriegsfalle möglich ist. Keine Regierung wird in absehbarer Zukunft die Aufgabe Ost-Jerusalems politisch überleben, egal ob auf Seiten der Israelis oder Palästinenser. Daher favorisieren auch die meisten Friedensvorschläge den Status von Jerusalem als Hauptstadt beider Staaten (z.B. gemeinsam verwaltetes Stadtgebiet ohne eindeutig festgelegte Souveränitätsansprüche).

Zukunft Jerusalems: Auch hier gilt es, aus der "Geschichtsfalle" auszubrechen. "Heiligkeit" (als Rechtfertigung exklusiver Souveränität) und "historischer Anspruch" dürfen nicht länger als Argumente aufgeführt werden.

Zaun zwischen Israel und der Westbank

Was lange angekündigt war, wurde am 16. Juni 2002 begonnen: Der Bau eines "Verteidigungswalls", eines "Schutzzauns". Die mehr als 110 Kilometer lange Anlage soll entlang Grünen Linie auf palästinensischem Gebiet verlaufen zum größten Teil aus Stacheldrahtzaun, teilweise aber auch aus einer 9m hohen Mauer bestehen. Damit will Israel das Eindringen von palästinensischen Selbstmordattentätern in sein Kernland verhindern.

Widerstand gegen den Zaun:

jüdische Siedler

rechtsextreme Israelis sehen die "Gefahr", dass mit der Grenzziehung Fakten geschaffen würden, die auf eine künftige palästinensische Staatsbildung hinausliefen die Palästinenser befürchten eine weitere Enteignung ihres Landes, d.h. eine Vorwegnahme der Grenzziehung zu ihren Laste, sowie eine weitere wirtschaftliche Isolierung

- Obwohl die Mauer entlang, d.h. auf der östlichen, palästinensischen Seite der 1949 festgelegten Waffenstillstandslinien (der "Grünen Linie") errichtet werden wird, wird von den israelischen Regierungssprechern eindeutig betont, diese Mauer stelle auf keinen Fall eine Festlegung der zukünftigen Grenze zwischen Israel und Palästina dar.
- Solch ein Zaun kann das Eindringen von fanatischen Selbstmördern nicht vollständig verhindern, auch wenn die israelische Regierung häufig daraufhinweist, dass bisher noch kein Selbstmorattentäter aus dem abgeschotteten Gazastreifen ins Westjordanland eingedrungen sei.
- "Kein Schutzwall kann die Sicherheit Israels so gut sichern, wie die Alternative dazu, nämlich Verhandlungen mit den Palästinensern um eine friedliche Lösung des Konflikts, welche allerdings von Israel wehtuende Kompromisse zu schließen erfordert, wie z.B., die Besetzung Palästinas aufzugeben und die illegal errichteten jüdischen Siedlungen zu verlassen"
- Israel betrachtet den Bau einer Mauer als einen Ausweg, um die Sicherheit der Bevölkerung garantieren zu können. Doch vermittelt dieses Unterfangen den Israelis allenfalls die Illusion, die Palästinenser losgeworden zu sein.

Hamas

- Die Islamische Widerstandsbewegung Hamas, die größte islamistische Gruppierung in Palästina, ist weit mehr als eine Untergrundbewegung von Bombenlegern. Sie ging während der ersten Intifada als religiös inspirierte Konkurrenz zur säkular orientierten PLO hervor.
- Israel stand ursprünglich der Entstehung der Hamas wohlwollend gegenüber, da es sich davon eine Schwächung der PLO erhoffte. Bald stellte sich jedoch heraus, das die Hamas Israel gegenüber eine weit unversöhnlichere Haltung einnimmt als die PLO.
- Die Friedensverhandlungen lehnt die Hamas kategorisch ab, da sie einen Ausverkauf unveräußerlicher Rechte der muslimischen Bevölkerung Palästinas bedeuten würden. Vor allem der militärische Flügel der Hamas, die Kassam-Brigaden, zeichnet für zahlreiche Terroranschläge verantwortlich.
- Die Hamas schuf zu Beginn der ersten Intifada ein Netz von sozialen Einrichtungen Schulen, Krankenhäuser, Küchen, etc. wodurch eine tiefreichende gesellschaftliche Verankerung geschaffen wurde. Je hoffnungsloser die Situation erscheint, z.B. in Zeiten des stagnierenden Friedensprozesses, desto größer ist der Zulauf für die Hamas.

PLO

- Die PLO wurde 1964 als Dachorganisation einer Vielzahl von untereinander konkurrierender palästinensischer Widerstandsgruppen gegründet.
- Im Selbstverständnis der PLO ist der Palästinensische Rat das demokratisch legitimierte Parlament, die Palästinensische Autonomiebehörde die Regierung der teilautonomen Gebiete.
- Die PLO hat sich von einer Guerilla-Organisation zu der international anerkannten Elite eines teilautonomen palästinensischen Territoriums entwickelt.
- Internationale Aufwertung von einer lediglich als Terrororganisation angesehen Gruppierung erfuhr die PLO, nachdem sie 1974 von den arabischen Staaten und der UNO als legitime Vertretung der Palästinenser anerkannt worden war. Grundlegend für dieses Aufwertung war auch die Abkehr vom Terrorismus und eine pragmatischere Haltung, die die PLO allen voran die al-Fatah seit Mitte der siebziger Jahre einnahm.
- 1988 proklamierte der Palästinensische Naionalrat den Staat "Palästina" und erkannte gleichzeitig die UN-Resolutionen 242 und 338 an, in denen das Existenzrecht aller Staaten des Nahen Ostens festgeschrieben ist.
- 1993 sprachen sich Israel und die PLO ihr gegenseitiges Existenzrecht zu und erklärten sich bereit, direkte Friedensverhandlungen miteinander aufzunehmen.

Die territorialen Konflikte zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarstaaten

jordanisch-israelische Beziehungen

- Jordanien hat sowohl am 1. als auch am 3. israelisch-arabischen Krieg teilgenommen. Zwischen Jordanien und Israel gab es zwei wesentliche Konflikte:
- Im Laufe von drei Jahren nach dem Sechstagekrieg entstand im Königreich Jordanien ein "Staat im Staate", eine PLO-Guerillarepublik. Nach dem Verlust Ost-Jerusalems und des Westjordanlandes wurde Jordanien zum Hauptoperationsgebiet für die PLO-Gruppen Al-Fatah, PFPL, DFPL und As-Saika. Sie versuchten die jordanische Zivilbevölkerung zum "Volkskrieg" gegen das Königshaus zu mobilisieren. Als Jordaniens Souveränität immer stärker gefährdet wurde, zerschlug die jordanische Armee die PLO-Milizen und vertrieb sie aus Jordanien, woraufhin die Al-Fatah ihre Guerilla-Basen in den Libanon (Beirut) verlegte.
- Das zweite israelisch-jordanische Konfliktpotential war der Anspruch der PLO auf das Westjordanland. Dieses wurde in den siebziger bzw. achtziger Jahren entschärft, indem Jordanien 1988 seinen Ansprüche gegen Israel auf eine Rückgabe des Westjordanlandes und Ost-Jerusalem an die PLO abgab.
- Durch den israelisch-jordanischen Friedensvertrag von 1994 war ein weiterer wichtiger Schritt zur Normalisierung der Beziehungen gemacht.

syrisch-israelische Beziehungen

- Israel und Syrien sind die militärisch stärksten Staaten des Nahen Ostens; eine Normalisierung ihrer Beziehungen wäre daher von großer Bedeutung für die Befriedung der Region.
- Beide Seiten erheben Vorbedingungen für eine Beilegung ihrer Differenzen. Syrien verlangt die Rückgabe der Golanhöhen, die Israel 1967 besetzt und 1981 annektiert hat. Es stützt sich hierbei auf das Völkerrecht und die Resolutionen 242 und 338 des UN-Sicherheitsrates. Das Völkerrecht verbietet die Eroberung von Territorien durch Krieg. Syrien unterstellt Israel, die Realisierung einer "zionistischen Wunschgeographie" zu betreiben, die sich an der strategischen Ressource Wasser orientiert. Syrien bezweifelt auch, dass im Zeitalter ballistischer Raketen die Golanhöhen für Israel von großer militärischer Bedeutung sind.
- Israel hingegen beansprucht die Golanhöhen als Pufferzone, um ein Vorrücken gepanzerter Verbände in das israelische Kernland zu verhindern. Durch die auf dem Golan stationierte Frühwarnstation verspricht man sich Sicherheit vor Überraschungsangriffen und verweist auf die Politik der militärischen Nadelstiche Syriens bis 1967.

- Die vollständige Wiedergewinnung des Golans würde zu einem enormen Prestigegewinn Syriens in der Region führen. Andererseits aber ist eine Konfliktlösung nicht unbedingt von Vorteil für Syrien, da es in einem Nahen Osten ohne Fronten seine regionalpolitische Bedeutung als Frontstaat, die bei weitem sein tatsächliches wirtschaftliches Potential überschreitet, nicht erhalten wird können. Die Alternative, vor dem der Nahe Osten steht, nämlich als Wirtschaftsraum zusammenzuwachsen, ist für Syrien nur bedingt attraktiv. Andere Länder, vor allem Israel, der Libanon und Jordanien, dürften weit mehr von der Öffnung der Grenzen für Waren und Kapital profitieren als Syrien.
- Syrien wird seine Bedeutung in der Region mittel- und langfristig nicht länger allein auf die Säule militärischer Stärke stützen können, sondern seine ökonomische Konkurrenzfähigkeit erhöhen müssen.

libanesisch-israelische Beziehungen

- Israels problemreiche Beziehung mit dem Libanon begann 1948 mit dem Unabhängigkeitskrieg, als fast 120.000 Palästinenser in den Libanon flüchteten und von da ab in den Lagern im Süden des Landes lebten. Die grosse Zahl der Flüchtlinge und die gewaltsame Vertreibung der PLO Führung aus Jordanien in den Libanon während des "Schwarzen September" 1973 liessen den Libanon zum Ausgangspunkt für palästinensische Angriffe gegen Israel werden. Im Südlibanon bildete sich ein (palästinensischer) Staat im (libanesischen) Staate.
- 1982 begann die militärische Operation, von Israel "Frieden für Galiläa" genannt. Nach wochenlangem Dauerbombardement gelang es den israelischen Truppen zwar, die PLO-Führung aus Beirut nach Tunis zu vertreiben, doch dafür handelte sich Israel einen neuen Gegner ein: die libanesische Hizbollah-Miliz. Sie wurde 1982 als islamische Speerspitze im Kampf gegen die israelische Besetzung gegründet. Finanzielle Unterstützung erhält die Bewegung u.a. vom Iran. Ihre gesellschaftliche Verankerung wurzelt in ihren sozialen Tätigkeiten (Wiederaufbau zerstörter Straßen, Schulen, etc.).
- Israel zog sich auf internationalem Druck hin zwar aus dem Libanon zurück, betrachtete aber einen Streifen im Süden des Landes als "Sicherheitszone" und beanspruchte dort absolute Bewegungsfreiheit.
- Nach weiteren israelischen Angriffen auf den Libanon (Operation "Abrechnung", Operation "Früchte des Zorns") zog sich die israelische Armee im Mai 2000 schließlich vollständig aus dem Südlibanon zurück.
- Dennoch ist keine Friedensschluss zwischen Israel und dem Libanon in Sicht. Derzeit sorgen die Pläne der libanesischen Regierung, Wasser aus einem in den See Genezareth mündenden Fluss zu entnehmen, für weiteren Zündstoff. Außerdem übt Syrien im Norden des Landes weiter Hegemonialmacht aus, sodass die Befriedung des Libanons erst mit einem syrisch-israelischen Friedensschluss möglich wird.
- Der Libanon könnte von einem regionalen Friedensschluss nur profitieren. Augrund der gesellschaftlichen Voraussetzungen könnte er wieder zur "Schweiz des Nahen Osten" werden.

Der Nahe Osten als Schauplatz des Ost-West-Konflikts



- Obwohl bei der Staatsgründung Israels 1948 der Ost-West-Konflikt bereits in vollem Gange war, übertrug er sich zu dieser Zeit noch nicht auf den Nahen Osten. Sowohl die USA als auch die UdSSR hatten dem UN-Teilungsplan zugestimmt.
- Die erfolgreiche Verteidigung Israels im Krieg von 1948 hatte weitreichende Folgen für die politischen Strukturen in der Region. Die arabische Welt wurde sich schlagartig ihrer Machtlosigkeit bewusst. Die Idee des Panarabismus war während dem Krieg gegenüber den jeweils eigenen territorialen Interessen der arabischen Staaten in den Hintergrund getreten. Innerhalb weniger Jahre stürzte eine Reihe arabischer Monarchien, da man die politischen Führungen als Verantwortliche für die verheerende Niederlage ausmachte. Mit den arabischen Revolutionen hielt die sozialistische Ideologie Einzug in die Nachbarstaaten Israels und der Konflikt zwischen Arabern und Juden wurde instrumentalisierbar für die Konkurrenz zwischen Ost und West
- Die Globalisierung des Ost-West-Konflikts durch den Koreakrieg und die arabischen Revolutionen Anfang der fünfziger Jahre schufen also die Vorausseztung für die Übertragung des Ost-West-Konflikts auf den Nahen Osten
- Im zweiten Nahostkrieg (Suezkrise) trat die Sowjetunion erstmals als politische Kraft im Nahen Osten auf. Sie profilierte sich durch ihre Parteinahme für Ägypten als Verbündeter der arabischen Staaten. Doch zwischen den beiden Supermächten USA und UdSSR kam es nicht zur Konfrontation, sondern beide Staaten zogen sogar am gleichen Strang, um den Krisenherd unter Kontrolle zu bringen. So übten die USA massiven Druck auf die israelischen Truppen aus, bis diese sich schließlich aus dem Sinai und dem Gazastreifen zurückzogen. Nur so konnte ein Atomkrieg verhindert werden, der die Supermächte selbst in ihrer Existenz gefährdet hätte.
- Im Sechstagekrieg 1967 war das Muster des globalen Systemgegensatzes voll auf die Konfliktkonstellation des Nahen Ostens übertragen: Hinter den arabischen Staaten stand die Sowjetunion, hinter Israel standen die USA.
- Der Oktoberkrieg 1973 wurde durch die Waffenlieferungen der Supermächte ermöglicht, verschärft, verlängert aber auch beendet. Die Intervention der Supermächte war von Ägypten geradezu beabsichtigt, da es so die Frage der Rückgabe der Sinaihalbinsel wieder auf die internationale Tagesordnung setzen wollte. Es entbrannte eine ungeheure Materialschlacht und schließlich gaben die USA Atomalarm, nachdem die Sowjetunion angekündigt hatte, notfalls mit atomaren Mitteln Partei für die arabischen Staaten zu ergreifen. Es ist nicht auszuschließen, dass dieser Atomalarm mit der Sowjetunion abgesprochen war. Aufgrund dieser Zuspitzung des Konflikts konnten die USA ihren Schutzbefohlenen Israel zur Aufgabe von Geländegewinnen bewegen. Die Supermächte befanden sich also in einem Verhältnis "antagonistischer Kooperation" zueinander.
- Der Oktoberkrieg brachte eine Wende in der Übertragung des Ost-West-Konflikts auf den Nahost-Konflikt. Der Krieg hatte gezeigt, dass die Territorialkonflikte zwischen Israel und den arabischen Staaten mit Waffengewalt nicht gelöst werden konnten. Die arabischen Staaten sahen sich gezwungen, ihre im Krieg verlorenen Gebiete auf dem Verhandlungsweg zurückzuerhalten. Mit dieser Erkenntnis begann der Niedergang des sowjetischen Einflusses in der Region.

Die UNO und der Nahost-Konflikt



Resolution 242:

- Die Resolution 242 spiegelt die Zerrissenheit des Sicherheitsrates über die Palästinenserfrage in Zeiten des Kalten Kriegs wider. Aus der Formulierung "dass es nicht angeht, Territorium durch Krieg zu erobern" lasen die arabischen Staaten und Palästinenser die Aufforderung an Israel heraus, alle im Sechstagekrieg besetzten Gebiete zu räumen. Israel aber sah sich nicht aufgefordert, alle besetzten Gebiete zu räumen und vertrat später die Auffassung, dass es die Resolution mit dem Rückzug aus dem Sinai bereits erfüllt habe. Außerdem wies Israel darauf hin, dass durch die Resolution 242 gleichzeitig jedem Staat in der Region das Recht anerkannt wurde, "in Frieden innerhalb sicherer Grenzen zu leben". Die Grenzen des Waffenstillstands von 1949 seien für Israel aber keine sicheren Grenzen.
- Eine präzisere Formulierung, die nur eine Interpretation zugelassen hätte, scheiterte an der gegenseitigen Blockade der Sicherheitsratmitglieder USA und Sowjetunion. Bis heute ist offen, welche Interpretation der Resolution 242 sich durchsetzen wird.

Die UNO hat bisher zahlreiche Aufgaben im Nahen Osten wahrgenommen, so z.B. die Betreuung von Flüchtlingen, die Überwachung von Waffenstillstandsabkommen oder die Anprangerung von Völker- und Menschenrechtsverletzungen. Vor allem gab die UNO den Palästinensern ein Forum, um ihre Belange der Weltöffentlichkeit darzustellen. Dennoch war die UNO kein Motor zur Veränderung der Situation, sondern eher dessen Spiegel.

Die Ressourcenkonflikte im Nahen und Mittleren Osten

<u>Erdöl</u>

- Der Nahe und Mittlere Osten verfügt über 67 Prozent der gesicherten Weltvorräte an Erdöl
- Aufgrund der Abhängigkeit der westlichen Industriestaaten von einem ungestörten Erdölfluss erklärten die USA 1980 die Region des Persischen Golfes zu einem "vitalen Interessengebiet" der Vereinigten Staaten (Carter-Doktrin).
- Seit dem 2. Golfkrieg sind die USA unbestritten die militärische Ordnungsmacht der Region zwischen Mittelmeeer und Persischem Golf. Ziel ist nicht zuletzt die Sicherung der Ressource Öl.

Wasser

- Die Ressource Wasser ist im gesamten Nahen Osten mit Ausnahme der Türkei und des Libanons ausgesprochen knapp und dementsprechend umkämpft. Der Wasserkonsum ist aufgrund des starken Bevölkerungswachstums und des steigenden Lebensstandards derart angeschwollen, dass die Wasserknappheit inzwischen ein gefährliches Konfliktpotential geworden ist. Die Schere zwischen Wasserangebot und Wassernachfrage weitet sich immer mehr.
- Die beiden wichtigsten Wasserressourcen des Nahen Ostens sind das Jordan-Yarmuk-Flusssystem und das Grundwasser der Westbank.
- Bei der Verteilung der Ressource Wasser besteht ein starkes Gefälle. Der Pro-Kopf-Verbrauch an Wasser ist in Israel fast vier mal so hoch wie im Westjordanland. Dieser krass unterschiedliche Pro-Kopf-Verbrauch verweist auf Dimensionen des Nord-Süd-Konflikts. Den Palästinensern wird der Zugang zu den Wasserreserven der besetzten Gebiete durch zahlreiche Maßnahmen verwehrt bzw. erschwert, z.B. durch Verbot von neuen Brunnenbohrungen für Bewässerungszwecke, durch eine Beschränkung der Brunnentiefe sowie durch hohe Wasserpreise für die palästinensische Bevölkerung.
- Bereits heute decken Israel und Jordanien 20 Prozent ihres Wasserverbrauches durch nicht erneuerbares Grundwasser. Dies hat zur Folge, dass der Grundwasserspiegel jährlich um 30cm sinkt. Außerdem hat sich die Wassersqualität in den palästinensischen Gebieten aufgrund von Versalzung und landwirtschaftlichen Pestizidrückständen dramatisch verschlechtert.
- In der Vergangenheit sind Pläne zur Verbesserung der regionalen Wasserversorgung stets an dem ungelösten Palästinakonflikt gescheitert. Das Beispiel Jordanien zeigt, dass die politische Regelung eines Regionalkonflikts die Vorraussetzung für die Bewältigung des Wasserproblems bietet.
- Die Wasserknappheit in den Territorien des Jordan-Yarmuk-Beckens erfordert die Zusammenarbeit aller Anrainer, um eine für alle Betroffenen zumutbare, ökologisch vernünftige und ökonomisch vertretbare Wasserversorgung zu gewährleisten.
- Längerfristige Regelungen des Wasserproblems könnten folgendermaßen ausssehen:
 - 1. Ein internationales unabhängiges Expertengremium (z.B. unter der Führung der UNO oder Weltbank) teilt allen auf das Wasser des Jordan-Yarmuk-Beckens Angewiesenen, angemessene Wassernutzungsrechte (Quoten) zu.
 - 2. Es wird eine supranationale Einrichtung geschaffen, die ein Enwicklungsprogramm zur besseren Ausnutzung der Wasservorkommen durchführt.

Flüchtlinge

- Die Zahl der palästinensischen Flüchtlinge seit 1948 beläuft sich auf ungefähr 3,7 Mio. Die große Mehrheit siedelte zuerst in die von der UNRWA verwalteten Flüchtlingslager. Eine gesellschaftliche Intergration der Flüchtlinge wurde in den meisten arabischen Nachbarstaaten (mit Ausnahme Jordaniens) erschwert oder erhindert, da man die Flüchtlinge vielmehr als propagandistische Waffe und die Flüchtlingscamps als Rekrutierungslager für Guerilla-Aktionen gegen Israel nutzen wollte ("Flüchtlinge als Waffen").
- Israel befürchtet, dass die zurückkehrenden Flüchtlinge den Staat Israel von innen zerstören würden weil sie ihm feindlich gesonnen sind, und aus einem jüdischen Staaten einen jüdisch-arabischen Staat machen würden, der dann nicht mehr eine Heimstätte für alle Juden in der Welt sein könnte.
- Die Resolution 194 der UN-Vollversammlung erkannte den palästinensischen Flüchtlingen ein "Recht auf Rückkehr" oder alternativ ein Recht auf Kompensation zu. Die Positionen der PLO und der israelischen Regierung hinsichtlich des Flüchtlingsproblems bleiben unvereinbar. Die PLO beharrt auf die Anerkennung des "Rechts auf Rückkehr", wobei gewisse Handlungsspielräume zugestanden werden. Die israelische Regierung dagegen weigert sich standhaft eine Schuld für die Vertreibung der Palästinenser anzuerkennen und argumentiert, die Palästinenser hätten ihre Heimat freiwillig verlassen und daher das "Recht auf Rückkehr" verwirkt.
- Für den Fall, dass Regelungen gefunden werden, die für die Betroffenen Rechtssicherheit und angemessene Entschädigungen beinhalten, könnte sich nach Experteneinschätzungen die Zahl der rückkehrwilligen Palästinenser durchaus auf nicht mehr als eine halbe Million reduzieren.
- Besonders bei der Betrachtung der Flüchtlingsfrage nimmt man war, dass es im Nahostkonflikt nicht um zu wenig materielle Hilfe und Unterstützung geht, sondern dass Hilfe und Ressourcen kontraproduktiv gesteuert sind. Wie man Kooperation erzwingen kann, haben die USA nach dem Zeiten Weltkrieg in Westeuropa klar gemacht, indem sie jegliche finanzielle Unterstützung an Kooperation der Europäer banden. Dieser pädagogische Effekt war wichtiger als die finanzielle Hilfe selbst. Der Übergang von einem circulosus vitiosus zu einem circulosus virtuosus kann nur gelingen, wenn es ein Gesamtkonzept der Zusammenarbeit gibt.

Miscellaneous

- Fast die Hälfte der insgesamt von der UN-Vollversammlung und dem UN-Sicherheitsrat verabschiedeten Resolutionen bezieht sich auf den Nahost-Konflikt
- Viele Israelis argumentierten, dass die Palästinenser im Grunde gar nicht das Ende der Besetzung und die Errichtung eines automen Palästinenserstaates anstrebten, sondern die Vernichtung des Staates Israels. Als Argument führen sie auf, dass die meisten palästinensischen Selbstmordattentate nicht in den besetzten Gebieten, sondern in den großen Städten Israels stattfinden.
- viele der Friedensabkommen Ende der neunziger Jahre waren nicht mehr als Umsetzungsabkommen bereits geschlossener Interimsabkommen (z.B.Wye-I-Abkommen als Bekräftigung des Oslo-II-Vertrages, Wye-II-Abkommen als Umsetzungsabkommen von Wye-I). Außerdem bekräftigen sie alle die Notwendigkeit der Umsetzung der UN-Resolutionen 242 und 338
- Wye-II = Sharm-el-Sheikh-Memorandum
- Al-Aqsa-Intifada: bis jetzt 2 200 palästinensische Todesopfer und 750 israelische. Palästinensische Flüchtlinge (seit 1948) : ca. 3,7 Millionen
- Westjordanland und Gazastreifen heute: "Konglomerat autonomer Flecken"
- "Man muss es offen zugeben: die israelischen Siedlungen wurden mit Vorbedacht dort, wo sie heute sind, gegründet, um jede künftige Friedensregelung unmöglich zu machen."
- Siedler: 120.000 im Westjordanland und Gaza-Streifen, 140 000 in Ostjerusalem
- Eine Lösung des Nahostkonflikts setzt voraus, dass ideologisch bedingte Systemgegensätze in verhandelbare Interessengegensätze umgewandelt werden.

Weitere Dokumente zur Prüfungsvorbereitung unter www.fernabitur.com